

Wir müssen nachweisen, dass Einsätze Erfolge bringen

2. GSP WebTalk mit Staatssekretär Peter Tauber

Johannes Varwick

Wer heutzutage in der öffentlichen sicherheitspolitischen Debatte wahrgenommen werden will, der muss zeitgemäße Angebote machen. Dies gilt nicht nur für die pandemiebedingten Einschränkungen bei Präsenzveranstaltungen, sondern ganz grundsätzlich, etwa hinsichtlich der Art und Weise, wie Sicherheitspolitik diskutiert wird. Diesem Leitgedanken folgt das neue Format der Gesellschaft für Sicherheitspolitik – der „GSP-WebTalk“. In seiner zweiten Ausgabe stand Anfang Juli in Berlin Dr. Peter Tauber, Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, für ein intensives Gespräch über aktuelle Fragen der deutschen Verteidigungspolitik bereit. Johannes Varwick und Kersten Lahl interviewten den Gesprächs-

men worden, „die Leute waren dankbar, und unsere Soldaten waren stolz, etwas für das Land zu tun.“ Im Anschluss an die Pandemie sei zudem eine Debatte nötig, was man an Ressourcen für eine Pandemielage vorhalten müsse, die man nicht allein betriebswirtschaftlich betrachten dürfe. Als Beispiel wurde die Frage genannt, ob die Bundeswehr Arzneimittel selbst herstellen können müsse, oder diese zukaufen solle, was aber in Krisenlagen schwierig sein könne. Der Hauptfokus für die Bundeswehr müsse gleichwohl auf der Landes- und Bündnisverteidigung sowie den Verpflichtungen in den Einsätzen liegen. Hier sei eine Gefahr, dass die Pandemie alles beherrsche, die Verpflichtungen Deutschlands in der Sicherheitspolitik würden aber nicht gerin-

Terrorismus liege, der auch Europa bedrohe. „Wenn aber die USA abziehen, dann ziehen wir auch ab.“

Schnellere Planungsprozesse benötigt

Auf die Frage, ob Auftrag und Mittel bei der Bundeswehr nach einer jahrzehntelangen Dauerreform im Einklang seien, verwies der Gesprächspartner zunächst auf die vielen Stärken der Bundeswehr. Von ihr werde vieles verlangt, und bei diesen Anforderungen in einem breiten Spektrum von Landes- und Bündnisverteidigung bis hin zu fordernden Einsätzen schlage sie sich durchaus gut. „Ich treffe jeden Tag in der Bundeswehr auf beeindruckende Menschen.“ Aber die größte Herausforderung sei, einen kulturellen Wandel hinzubekommen, der sich auf eine „wachsende Bundeswehr“ einstelle, die schnellere Planungsprozesse benötige und auch mehr Mittel aufnehmen könne. Eine Streitkraft könne man aber „weder wie ein Unternehmen, noch wie eine Waldorfschule führen.“

Bei der Frage nach der Notwendigkeit von bewaffneten Drohnen verwies Dr. Tauber nachdrücklich auf die Notwendigkeit, hier zu Entscheidungen zu kommen, die er für den Herbst erwarte. Es gehe nicht um automatisierte Systeme, sondern um die schwierige Entscheidung, militärische Gewalt einzusetzen, und „die muten wir auch künftig nicht einem Algorithmus, sondern einem Menschen zu.“ Im Bereich Künstlicher Intelligenz müsse man aber mindestens daran forschen, auch um Abwehrmittel zu entwickeln.

Dienstpflichtdiskussion angestoßen

Mit Blick auf die innere Verfasstheit der Bundeswehr und die jüngsten Vorfälle im Kommando Spezialkräfte (KSK) beschrieb der Interviewpartner rechtsextremistische Vorfälle als Problem der gesamten Gesellschaft, zu dem man sich verhalten müsse – ohne allerdings eine Art Generalverdacht gegenüber KSK-Soldaten oder der Bundeswehr auszusprechen. „Ich bin da sehr klar und finde, dass wir von jedem deutschen Soldaten erwarten können, dass er oder

Foto: GSP



Prof. Dr. Johannes Varwick (Präsident, Mitte) und Kersten Lahl (Generalleutnant a.D., r.), beim WebTalk mit Dr. Peter Tauber (Staatssekretär, li.). Lahl und Tauber sind Vizepräsidenten der GSP

partner. Mehr als 250 Zuhörer verfolgten live über Zoom, wie der Staatssekretär die Rolle der Bundeswehr sieht und beteiligten sich intensiv mit Fragen im Chat und bei Twitter.

Da zu sein allein, reicht nicht

Zunächst diskutierte die Runde die Konsequenzen der Corona-Pandemie. Die Bundeswehr habe ihre Möglichkeiten genutzt, „zu zeigen, was sie kann“, so Peter Tauber. Die vielen Fälle der Amtshilfe seien öffentlich sehr positiv wahrgenom-

mer. Man müsse sich ehrlich machen, so der Staatssekretär. „Wenn wir zukünftig wollen, dass die Deutschen akzeptieren, dass wir international Verantwortung übernehmen, dann müssen wir nachweisen, dass diese Einsätze Erfolge bringen.“ Nur „da zu sein, das reicht nicht“, eine kritische Evaluation sei permanent erforderlich. Im Kosovo etwa sei das durchaus gelungen. Auch der oft kritisierte Einsatz in Afghanistan sei nicht so erfolglos, wie er oft darstellt würde. Immerhin ist erreicht worden, dass dort keine Ausgangsbasis mehr für den internationalen

sie weiß, was die Farben Schwarz-Rot-Gold bedeuten, und das schließt eine rechts-extreme Gesinnung aus.“ Er erwarte von allen Menschen, die eine Uniform tragen, ein offensives Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Es reiche nicht, diese stillschweigend zu akzeptieren, sondern Soldatinnen und Soldaten „müssen aktiv dafür eintreten, auch außerhalb des Dienstes.“ Auf allen Ebenen sei nun Entschlossenheit gefordert und dies werde auch mit einer Reihe an Maßnahmen sichergestellt. Zugleich schaue die deutsche Öffentlichkeit im Schnitt viel positiver auf die Bundeswehr, als das Teile der Medien suggerierten. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht, wie sie von der Wehrbeauftragten Eva Högl vorgeschlagen wurde, stehe hingegen nicht an, aber sehr wohl lohne es sich, über eine Allgemeine Dienstpflicht oder ein „Jahr für Deutschland“ nachzudenken. Die sicherheitspolitische Lage sei nicht so, dass jedes Jahr ein kompletter Geburtsjahrgang in den Streitkräften gebraucht werde, aber es könne durchaus sinnvoll sein, dass ein Teil das wieder stärker in der Bundeswehr tue. Hier werde es nach der Sommerpause Initiativen geben.

Europäische Sicherheitspolitik stärken

Mit Blick auf die Frage, welche Rolle die USA künftig für die deutsche Sicherheit spielen, empfahl er, sich nicht immer nur auf die Äußerungen des US-Präsidenten Donald Trump zu beziehen, sondern anzuerkennen, dass sich der Fokus der US-Außenpolitik verändere. Auch bei einem neuen Präsidenten werde Deutschland weiter un-

bequeme Fragen zu beantworten haben und mehr Verantwortung übernehmen müssen, auch in Regionen wie Afrika. Hinsichtlich des Zwei-Prozent-Ziels empfahl Tauber gleichwohl stärker über Fähigkeiten zu reden, und das nicht allein numerisch zu betrachten. „Ich mag mir nicht ausmalen, was es bedeuten würde, wenn wir uns nicht mehr auf die USA verlassen könnten, aber ich glaube, dass wir das weiter tun können.“ Das dürfe aber nicht dazu führen, dass man sich in Deutschland zurücklehne. Und wie Deutschland Verantwortung übernehmen wolle, das sei eine Debatte, die „wir mit uns selbst führen müssen.“ Deutschland sei keine große Schweiz und müsse einen starken eigenen Beitrag in der Sicherheitspolitik leisten, der natürlich auch weiter Geld koste. Die im Juli begonnene deutsche Ratspräsidentschaft in der EU sollte in diesem Sinne ambitioniert, aber auch realistisch sein. Von hochfliegenden Plänen einer Europäischen Armee hält er wenig, jedenfalls nicht als Armee, in der alle eine gemeinsame Uniform trügen. In Mali etwa hätten wir längst „eine Art multinationale Armee der Europäer“. Dieser Weg müsse weitergegangen werden, orientiert vor allem an den notwendigen Fähigkeiten, die noch stärker unter dem Gesichtspunkt der Interoperabilität gesehen werden müssten. Als die wichtigste sicherheitspolitische Herausforderung der Zukunft sieht der Staatssekretär „die Resilienzbildung im freien



Unterstützen Sie unser bürgerschaftliches Engagement für Frieden, Freiheit und Sicherheit

als ehrenamtlicher Funktionsträger!



Westen, für die Herausforderungen, die von außen kommen.“ Ein Kommentar auf der Twitter-Seite der GSP fasste den allgemeinen Eindruck so zusammen: „Erfrischend sympathischer und klarer Auftritt, nachvollziehbare Argumentation – ein Glück für die Bundeswehr.“ Wer die Veranstaltung nochmals sehen und hören möchte: unter www-gsp-sipo.de gibt es eine Aufzeichnung.

In eigener redaktioneller Verantwortung.



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: geschaeftsstelle@gsp-sipo.de
Internet: www.gsp-sipo.de, Facebook: www.facebook.com/GSPSipo; Twitter: @GSPSipo

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Prof. Dr. Johannes Varwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)

Selbstständige Sektion Brüssel: bruessel@gsp-sipo.de